

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0
Telex: 888846 ppkn d
Telefax: 9 1520-12

Inhalt

Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB zum Erfordernis struktureller Veränderungen im Norden und im Süden: Entwicklungspolitik muß globale Reformpolitik werden.

Seite 1

Karin Junker MdEP zu Forderungen zum Internationalen Frauentag: Wir brauchen den "tilla Filter" in der Europa-Politik.

Seite 3

Walter Romberg zu einer Bonner Aufgabe von europäischer Dimension: Sicherheitspolitische Interessen klar definieren.

Seite 3

Dr. Marliese Dobberthien MdB zur Anwendung des EWG-Vertrags über gleiches Entgelt von Männern und Frauen: Doppelzüngigkeit bei der Forderung nach Lohngleichheit.

Seite 5

Dokumentation

Der Förderverein Psychomotorik e.V. Bonn hat in einem Brief an Helmut Kohl die Folgen seiner Sozialpolitik kritisiert: Was die ABM-Streichung für Kinder bedeutet.

Wortlaut

Seite 6

48. Jahrgang / 43

4. März 1993

Entwicklungspolitik muß globale Reformpolitik werden Zum Erfordernis struktureller Veränderungen im Norden und im Süden

Von Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB
Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Deutschland ist eine der größten Wirtschaftsmächte der Welt. Durchschnittseinkommen und Produktivität sind um ein Vielfaches höher, als in fast allen Ländern des Südens und Ostens. Einer der reichsten Staaten der Welt kann sich nicht - auch nicht zeitweilig - davor drücken, drohende soziale und ökologische Katastrophen in dieser Welt zu verhindern. Wer Macht hat, trägt auch Verantwortung, daher unterstützt die SPD, daß die Bundesrepublik international mehr Verantwortung übernimmt.

Entwicklungspolitik ist aber nicht nur eine Sache von Moral und Solidarität, sondern auch im eigenen Interesse. Unsere Sicherheit, unser Wohlstand und die Bewahrung unserer Natur hängen längst nicht mehr nur davon ab, ob wir die inneren Probleme lösen können, sondern zunehmend auch davon, was um uns herum geschieht. Die Welt ist kleiner und die Interdependenzen zwischen den Kontinenten größer geworden, als viele wissen oder gern noch glauben möchten.

Der Transfer von Kapital und Technologie muß erhöht werden, um im Süden und Osten wirkliche Entwicklungserfolge zu bewirken. Anspruch und Leistung in der Entwicklungspolitik stehen bis jetzt in einem völligen Mißverhältnis. Zur Zeit fließen pro Jahr an öffentlichen Mitteln ganze 25 Mark pro Kopf der Entwicklungsländer vom Norden in den Süden. Insgesamt sind das etwa 75 Milliarden Mark. Aber der doppelte Wert, nämlich 150 Milliarden Mark, fließt vom Süden zum Norden. Zinsen und Tilgungen für Schulden, denen keine produktive Basis mehr entspricht und eine sich öffnende Preisschere führten zu einem riesigen Ressourcetransfer nicht vom Norden zum Süden, sondern vom Süden zum Norden. Und wir alle schauen gebannt zu, da und dort auch verlegen weg.

Daher kann die Entwicklungspolitik nur dann die Rolle einer vorbeugenden Friedenspolitik spielen, wenn sie in Zukunft viel mehr ist als Entwicklungshilfe. Die Ziele und die Reichweite, die Inhalte und die Formen von Entwicklungspolitik müssen neu bestimmt werden. Die Ansätze im einzelnen:

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vervielfältigung
mit unserer Rotaflex
Kopier-Papier



- o Die Entwicklungspolitik muß sich in Zukunft von ihrer Fixierung auf einzelne Projekte, die oft nur als kleine Inseln in einem Ozean von Arbeitslosigkeit und Elend treiben, lösen. Sie muß sich statt dessen darauf konzentrieren, Potentiale und Rahmenbedingungen zu fördern, die eine sich selbst tragende Entwicklung ermöglichen. Dies schließt den Widerstand gegen politische, ökonomische und gesellschaftliche Monopole und Privilegien ein. Entwicklungspolitik muß in den Entwicklungsländern selbst beginnen, um den Boden für externe Transfers zu bereiten. Dort dürfen aber nur solche Kräfte und Institutionen gestärkt werden, die bereit sind, dort selbst jene Reformen zu erkämpfen und sie im Interesse der breiten Bevölkerung durchzutragen.
- o Entwicklungspolitik als Strukturpolitik bedeutet, das internationale Wirtschaftssystem so zu reformieren, daß die Länder des Südens und Ostens im Wettbewerb um Märkte und Standorte, Kapital und Innovationen endlich eine faire Chance erhalten, und gegenüber den Industrieländern aufholen können. Eine undifferenzierte Freihandelsposition ist dafür allerdings keine ausreichende Grundlage.
- o Entwicklungspolitik muß globale Reformpolitik werden. Daher darf sie nicht mehr ausschließlich als Nord-Süd-Politik verstanden werden. Sie muß neben dem Süden den Osten, aber zunehmend auch Reformen im Norden im Blick haben. Eine Politik, die global verträgliche Entwicklung zum Ziel hat, muß dann allerdings einen breiteren Begriff von Entwicklung wählen - einen Begriff, der nicht nur verengte ökonomische Kategorien sondern auch dauerhafte ökologische und immaterielle Werte in sich schließt. Erst ein so erweiterter Begriff schufte die Basis, um auch die spezifischen Entwicklungsdefizite des Nordens zu thematisieren. Der Süden und Osten muß seine politischen und wirtschaftlichen Strukturen anpassen, um zu überleben und international aufzuholen. Aber auch die Industrieländer selbst müssen endlich Strukturanpassungspolitik betreiben und ihren Lebens- und Produktionsstil global und ökologisch verträglich gestalten.
- o Entwicklungspolitik muß Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen werden. Nur so kann Entwicklungspolitik globale Reform- und Strukturpolitik zur Bewahrung des Friedens werden und verhindern, daß ein Mehrfaches dessen, was den Entwicklungsländern durch sogenannte Entwicklungshilfe gegeben, ihnen durch Finanz-, Wirtschafts- und Agrarpolitik wieder genommen wird. Nur so könnten die Ziele und Instrumente aller Politikbereiche entwicklungsverträglich koordiniert werden. Das ist aber nur möglich, wenn Entwicklungspolitik Chefsache wird. Nur durch bewußte politische Führung kann die immanente Schwäche der Entwicklungspolitik, über keine starke gesellschaftliche Lobby zu verfügen, ausgeglichen werden.

Wir Sozialdemokraten müssen vorangehen, wenn es gilt, Frieden zu schaffen durch globale Entwicklung. Wir müssen dabei an den Traditionen anknüpfen, die sozialdemokratische Identität von jeher maßgeblich bestimmen. Das ist der Wille, gesellschaftliche Strukturveränderungen gegen privilegierte Interessen zu erkämpfen, um allen Menschen ein Leben in Gerechtigkeit und Freiheit zu ermöglichen. Und das ist ein Internationalismus, der sich dagegen wendet, daß Solidarität an ethnischen und nationalen Grenzen endet.

Entwicklungspolitik ist eine Bewährungsprobe für die Bewahrung sozialdemokratischer Identität und Glaubwürdigkeit. Sie ist aber auch ein Test für die politische Kompetenz der Sozialdemokratie. Viele Bürger sind nicht so ahnungslos, wie viele denken. Sie sehen, was in der Welt geschieht, welches die Ursachen von Gewalt, Krieg und Flucht sind und daß globale Risiken auch uns bedrohen.

Wir Sozialdemokraten müssen uns kompetenter als die liberal-konservativen Kräfte erweisen, wenn es gilt, nicht nur Wohlstand, Sicherheit und Ausgleich im eigenen Land zu bewirken, sondern auch wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um - nicht in utopischer Träumerei, sondern durch konkrete Schritte - Hunger und Umwelterstörung auf dieser Erde zu bekämpfen. Eine Sozialdemokratie, die sich dies zutraut, würde beweisen, daß sie nicht nur weitsichtiger, sondern auch handlungsfähiger ist, als eine liberal-konservative Regierung, die ständig von der größeren globalen Verantwortung der Deutschen redet, damit aber vor allem ihre Beteiligung an internationalen Militärinterventionen meint.

(-/4. März 1993/rs/ks)

Wir brauchen den "lila Filter" in der Europa-Politik
Forderungen zum Internationalen Frauentag

Von Karin Junker MdEP
Bundevorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Auch in Anerkennung aller bisherigen Fortschritte: die Frauenpolitik kommt in der EG zu kurz. Das liegt unter anderem daran, daß der Ausschuß für die Rechte der Frau im Europäischen Parlament, der mit guten Vorschlägen nicht spart, kein Pendant auf Ministerrateebene hat.

Die Herren Regierungschefs und die Herren Minister unterschiedlicher Ressorts fühlen sich, wen wundert's, den Frauen der Mitgliedsländer nicht verpflichtet. Daher liegen vom Parlament verabschiedete Richtlinien, zum Beispiel für Elternurlaub oder zur Absicherung freiwilliger Teilzeitarbeit, noch auf Eis. Womöglich bis zum St. Nimmerleinstag.

Deshalb brauchen wir einen Frauenministerrat. Die Frauenministerinnen aller Mitgliedsländer - so es noch keine gibt, sind sie schnellstens zu berufen - müssen ihre Arbeit genauso koordinieren wie die übrigen Fachminister. Mindestens einmal jährlich müssen sie als "Frauengipfel" zusammentreten, um zu erreichen, daß die Gleichstellungspolitik in der Gemeinschaft vorangebracht und öffentlich wahrnehmbar gemacht wird.

Eine Kommissarin für Chancengleichheit müßte das Initiativrecht der Kommission in frauenpolitischen Angelegenheiten wahrnehmen. Darüber hinaus müßten mindestens die Länder, die zwei Kommissare entsenden - also auch die Bundesrepublik Deutschland - verpflichtet werden, wenigstens eine Frau zu benennen - denn Frauen kommt das Recht zu, gleichberechtigt an der politischen Verantwortung beteiligt zu werden.

Um Fraueninteressen im Europäischen Parlament noch mehr als bisher zur Geltung zu verhelfen, muß in den Mitgliedstaaten bei den Aufstellungen für die Europawahl 1994 für paritätische Frauenrepräsentanz in der neuen Parlamentsperiode gesorgt werden. Wenn sich nur die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien in der EG daran halten, würde der - schon jetzt mit rund 20 Prozent verhältnismäßig hohe - Frauenanteil beträchtlich steigen.

Wir brauchen den "lila Filter" in den EG-Institutionen, der immer dann übers Objektiv gelegt wird, wenn es um die Beurteilung politischer Maßnahmen geht. Lautet die Bewertung "frauenfeindlich", wird das Urteil "nicht gemeinschaftsverträglich" gefällt. Das Gütesiegel "gemeinschaftsverträglich" darf nur vergeben werden, wenn Fraueninteressen nicht verletzt sind beziehungsweise sogar Frauenförderung auf dem Programm steht.

(-/4. März 1993/rs/ks)

Sicherheitspolitische Interessen klar definieren
Zu einer Bonner Aufgabe von europäischer Dimension

Von Walter Romberg
Beobachter im Europäischen Parlament

Die EG-Mitgliedstaaten werden die Grundkomponenten für eine Sicherheitspolitik der Europäischen Union bis zum Inkrafttreten des Maastrichter Vertrags, also voraussichtlich noch in diesem Jahr, erarbeiten. Ein klarer deutscher Standpunkt ist dafür nicht zu erkennen. Es besteht die Gefahr, daß die Bundesrepublik in militärische Konflikte hineinschlittert, die kaum noch Spielraum für eigene Politik lassen. Die sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands und die Mittel ihrer Durchsetzung müssen daher jetzt klar definiert werden.

Auf der Grundlage des Maastrichter Vertrags ist eigenständige Sicherheits- und Verteidigungspolitik für Deutschland wie für alle Mitgliedstaaten der EG im Rahmen ihrer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) weiterhin möglich. Es gibt keinen Automatismus, dem eine hinreichend eigenständige Sicherheitspolitik geopfert werden müßte.

Eine Eigenständigkeit Deutschlands in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union ist aufgrund der Interessenunterschiede zwischen Deutschland und anderen EG-Mitgliedstaaten notwendig: Deutschland verfügt nicht, wie Großbritannien und Frankreich über Kernwaffen. Es hat keine sicherheitspolitischen Verpflichtungen und Interessen, die sich aus seiner kolonialen Tradition ergeben. Gegenüber seinen östlichen Nachbarstaaten, der Slowakei und Ungarn verfolgt Deutschland grundsätzlich andere Anliegen als etwa Frankreich. Das gleiche gilt zum Beispiel gegenüber den Maghreb-Staaten.

Ohne eine klare Bestimmung deutscher Prioritäten besteht die Gefahr, daß außen- und sicherheitspolitische Interessen Deutschlands undifferenziert in die GASP eingebunden werden. Besondere Priorität haben für Deutschland der Ausbau der kooperativen Beziehungen mit den mittelost- und osteuropäischen Staaten und die Nutzung gewachsener historischer Verbindungen zum Aufbau solcher Beziehungen mit den islamischen Nachbarstaaten Europas. Dabei muß das Prinzip der Gemeinsamen Sicherheit die Grundlage bilden.

Sollten sicherheitspolitische Interessen im Rahmen der GASP dennoch den Einsatz von Zwangsmitteln erfordern, muß besonderes Gewicht auf politische und ökonomische Sanktionen (Embargomaßnahmen) gelegt werden. Alle Möglichkeiten nichtmilitärischer Gewalt (Störung von Telekommunikationsverbindungen, Lahmlegung von Verkehrswegen und Computersystemen) müssen geprüft werden, bevor als letztes Mittel militärische Gewalt angewandt wird.

Militärische Einsätze außerhalb des NATO-Bereichs, aber innerhalb Europas, sollten nur unter Führung der UNO oder der KSZE im Rahmen von UNO- oder NATO-Strukturen erfolgen, da die militärischen Strukturen der Westeuropäischen Union (WEU) auf absehbare Zeit nur embryonalen Charakter haben werden. Außerhalb Europas sollten sie grundsätzlich unter UNO-Kommando und UNO-Kontrolle stehen. Sie sind zu beschränken auf militärische Überwachung und Durchsetzung von Embargomaßnahmen, militärisch-defensive Unterstützung und Stabilisierung (Einsatz ohne Offensivfähigkeit) und militärischen Schutz für Konvois sowie für Schutzzonen der Zivilbevölkerung.

Mit der Bundeswehr hat Deutschland die zahlenmäßig stärkste und in Bezug auf schwere, mobile Einsatzkräfte schlagkräftigste Armee Westeuropas. Der gewachsenen Verantwortung Deutschlands in der Welt entspricht weder eine Beschränkung auf finanzielles Engagement, wie während des Golfkriegs, noch eine Freigabe aller denkbaren militärischen Optionen. Um die Bundeswehr zur Lösung ihrer beschränkten, defensiven Aufgaben zu befähigen, muß ihre unverhältnismäßig große Offensivfähigkeit zugunsten leichter, beweglicher, gepanzerter Verbände für Überwachungszwecke, zugunsten von Aufklärungskräften und von Pioniereinheiten für Sperraufgaben abgebaut werden.

(-/4. März 1993/rs/ks)

Doppelzüngigkeit bei der Forderung nach Lohngleichheit
Zur Anwendung des EWG-Vertrags über gleiches Entgelt von Männern und Frauen

Von Dr. Marliese Dobberthlen MdB
Mitglied des Bundestags-Ausschusses für Frauen und Jugend

Bisher wurden die periodisch erscheinenden Unterrichtungen der Bundesregierung zum gleichen Entgelt für Männer und Frauen nur auf die Verwirklichung des Lohngleichheitsgrundsatzes in den Tarifverträgen unter Berücksichtigung der sogenannten "Leichtlohngruppen" beschränkt.

Aber nicht nur die "Leichtlohngruppen" zeigen, daß Frauen nach wie vor diskriminiert werden. Obwohl schon 1955 vom Bundesarbeitsgericht ein höchst richterliches Urteil ergangen ist, daß eine offene Lohndiskriminierung aufgrund des Geschlechtes verurteilt, dauerte es noch 15 Jahre bis keine spezifischen Frauenlohngruppen mehr in den Tarifverträgen auftauchten. Daß das Problem aber heute immer noch virulent ist, zeigt nicht nur ein neueres Urteil des Bundesarbeitsgericht aus dem Jahre 1992, in dem Frauen ihren Anspruch auf gleichen Lohn bei gleicher Arbeit erst auf richterlichem Wege durchsetzen mußten, sondern auch die Tatsache, daß das Einkommen von Frauen immer noch um durchschnittlich 30 Prozent niedriger ist als das der Männer.

Das zeigt, wie wichtig es ist, auch mögliche andere Formen der Lohndiskriminierung und deren Ursachen zu untersuchen.

Aus diesem Grund hat die SPD-Bundestagsfraktion jetzt im Ausschuß für Frauen und Jugend einen Antrag gestellt, der die Bundesregierung auffordert, in ihren zukünftigen Berichterstattungen auch jede Form der mittelbaren Diskriminierung bei Arbeitsbewertung, Eingruppierung und Geldbetragszuordnung sowie die intersektoralen Niveauunterschiede zwischen Entgelten bei gleichwertigen Qualifikations- beziehungsweise Leistungsstufen in Zusammenhang mit der Anzahl der weiblichen Beschäftigten miteinzubeziehen. Dieser Antrag wurde seitens der CDU/CSU und der FDP abgelehnt.

Dieses Abstimmungsverhalten ist überaus erstaunlich. Was spricht an sachlichen Argumenten eigentlich gegen eine differenzierte Berichterstattung über Formen und Ursachen der Lohndiskriminierung? Die anhaltende Ablehnung, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen, paßt nahtlos in die Politik der Reformverweigerung der Regierungsparteien.

Insbesondere das Verhalten der FDP ist um so verwunderlicher, da sie normalerweise die Forderung nach Lohngleichheit immer auf den Lippen trägt. Wie aber will sie diese Forderung durchsetzen, wenn sie sich noch nicht einmal über die Formen und Ursachen von Lohndiskriminierungen informieren möchte? Dieses Verhalten hinderte die FDP allerdings nicht daran, keine 1/4 Stunde später auf der Pressekonferenz anläßlich der Plakatvorstellung "Frauenrechte in die Verfassung" wieder vollmundig zu fordern, daß die Lohngleichheit von Männern und Frauen endlich verwirklicht werden müsse.

Ein solches Verhalten ist nicht nur verwirrend, sondern überaus doppelzüngig.

(-/4. März 1993/rs/ks)

DOKUMENTATION

Ein Brief an den Kanzler: Was die ABM-Streichung für Kinder bedeutet

Der Förderverein Psychomotorik e.V. Bonn hat in einem Brief an Helmut Kohl die Folgen seiner Sozialpolitik kritisiert.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

der Förderverein Psychomotorik Bonn e.V. ist sicher kein Einzelfall, aber hier zeigt sich konkret, welche Folge ähnlich kurzgreifende politische Entscheidungen wie die des ABM-Stopps für den Einzelfall haben.

Der Förderverein Psychomotorik ist ein gemeinnütziger Verein, der es sich zum Ziel gemacht hat, Kinder, die aus unterschiedlichen Gründen und in unterschiedlicher Weise in Ihrer Entwicklung verzögert, gestört oder behindert sind, umfassend zu fördern. An unseren dezentralen, flächendeckenden Übungsgruppenangeboten nehmen zur Zeit circa 900 Kinder zum großen Teil auf ärztlichen Rat hin teil. Dieses dezentrale Geflecht umgibt ein in der Bundesrepublik einmaliges Modellzentrum. Das in Fachkreisen bekannte Förderzentrum E.J. Kiphard hält besondere Angebote für spezifische Indikationen (etwa Geistigbehinderte) vor.

Diese Bereiche direkter Entwicklungsförderung sind wiederum eingebettet in zahlreiche Fortbildungsangebote unserer Akademie, die sich an KindergärtnerInnen, LehrerInnen und andere therapeutisch/pädagogisch arbeitende Berufsgruppen richten und den Gedanken psychomotorischer Entwicklungsförderung in den pädagogischen Alltag tragen.

Der Förderverein existiert erst seit 1985. Der jähe Aufschwung resultiert aus einer guten inhaltlichen Arbeit sowie einer gründlichen und weitsichtigen Planung.

Zu den Aufbauinstrumenten zählen in einem Bereich, der sich im sozialen Netz noch nicht vollständig etabliert hat, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Der Verein konnte mehrfach beweisen, daß bei guter Aufbauarbeit eine dauerhafte Anstellung ehemaliger ABM-Kräfte möglich ist.

Zur Zeit werden noch zwei ABMaßnahmen abgewickelt. Beide haben sich außerordentlich bewährt und sind unverzichtbar im Gesamtsystem. Beide sind im zweiten Jahr, eine ist Ende Februar ausgelaufen. Der Verlängerungsantrag für das dritte Jahr wurde mit der Verpflichtung des Vereins unterstützt, beide Arbeitnehmer nach dem dritten Jahr in eine dauerhafte Anstellung zu übernehmen. Dies ist ja gerade der Sinn von ABMaßnahmen und wäre unter den bei Maßnahmenbeginn versprochenen Bedingungen auch finanzierbar gewesen. Mehr kann ein Arbeitgeber kaum machen.

Nun wirft Ihre Entscheidung, ABMaßnahmen zu stoppen diese Planung über den Haufen, mit den betroffenen Arbeitnehmern droht dem gesamten Verein der Abstieg.

Die Arbeitnehmer werden sich arbeitslos melden und von der "Pflichtleistung" des Staates leben, obwohl die Festanstellung und damit die Entlastung des Arbeitsmarktes greifbar war. Daß dies alles sehr viel mehr kostet, als ein drittes ABM-Jahr, brauche ich Ihnen nicht zu erklären. Wir können wirklich nicht mit der vernebelnden Einteilung nach "Pflichtleistungen" und "Freiwilligen Leistungen" ein und desselben Staates zurechtkommen.

Bitte ersparen Sie uns ein allgemeines Schreiben des Bedauerns bei gleichzeitiger Anerkennung unserer "wichtigen Arbeit" unter Verweis auf die schwierige Haushaltslage.

Dieser konkrete Fall hysterischen Ausgabenstopps ist ökonomischer Irrsinn, arbeitsmarkt- und sozial-schädlich zugleich.

Bitte korrigieren Sie diese Fehlentscheidung!

Mit freundlichen Grüßen
gezeichnet Rudolf Lensing-Conrady
(Geschäftsführer)

(-/4. März 1993/rs/ks)